

## Die Krankenversicherung vom Lohn abkoppeln

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 22.10.2005

Deutschland im Reformstau, wohin man sieht. Eine große Koalition soll es nun richten. Darf man hoffen?

Besonders groß ist der Reformbedarf bei der Krankenversicherung. Hier stehen sich aber das SPD-Modell der Bürgerversicherung (einkommensabhängige Kassenbeiträge) und das CDU-Modell der Gesundheitsprämien (feste Beiträge pro Person) unvereinbar gegenüber. Beide Parteien befürchten, ihr Gesicht und ihre Klientel zu verlieren, wenn sie sich auf das Modell des jeweils anderen einlassen. Daher dürfte es zu der dringenden Grundsatzreform auch in den nächsten vier Jahren nicht kommen.

Zumindest eine der schlimmsten Folgen des heutigen Systems lässt sich aber schon mit einer Minimalreform beseitigen: Das heutige System produziert Arbeitslosigkeit.

Ursache ist die „solidarische Finanzierung“ der Krankenversicherung. Der Arbeitnehmer zahlt nur fünfzig Prozent des Versicherungsbeitrags, sein Arbeitgeber zahlt die andere Hälfte. Ist das wirklich ein Zeichen von Solidarität? Weit gefehlt. Denn tatsächlich tragen die Arbeitnehmer die gesamte Last allein – über niedrigere Löhne oder über Arbeitslosigkeit. Warum? Für ein Unternehmen ist nur wichtig, wieviel ein Arbeitnehmer insgesamt kostet. Es ist ihm egal, ob es 2000 Euro Lohn und 400 Euro Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zahlt oder 2400 Euro Lohn.

Wenn nun der Krankenversicherungsbeitrag um zum Beispiel zwei Prozentpunkte steigt, teilen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber auch den Anstieg. Der Arbeitgeberanteil und damit die Personalkosten erhöhen sich also um einen Prozentpunkt. Die sonstige Situation des Unternehmens ändert sich aber nicht. Denn es setzt nicht mehr ab und kann für seine Produkte keine höheren Preise als vorher verlangen. Daher muss und wird es versuchen, diese Kostensteigerung aufzufangen – und zwar vorwiegend dort, wo sie entstanden ist: bei den Personalkosten. Es *muss* die Kosten senken, will es nicht seine Existenz und damit sämtliche Arbeitsplätze gefährden.

Die Personalkosten lassen sich im wesentlichen auf zwei Arten verringern: durch Lohnsenkung oder Rationalisierung, also Abbau von Arbeitsplätzen. Lohnsenkungen verlagern die Last des erhöhten Arbeitgeberanteils direkt auf den Arbeitnehmer. Erfahrungsgemäß sind sie aber unwahrscheinlich.

Dann bleibt dem Unternehmen nur die Rationalisierung: Es werden Arbeitsplätze abgebaut. Ein Teil der Arbeitnehmer behält zwar ihr Lohnniveau, aber andere werden entlassen und verdienen gar nichts mehr. So vernichtet die „solidarische Finanzierung“ der Krankenversicherung Arbeitsplätze.

Doch damit nicht genug: Die Entlassenen beziehen weiter Leistungen aus der Krankenversicherung, zahlen aber keine Beiträge mehr. Und das Arbeitsamt zahlt nur einen Teil des früheren Beitrags. Das heißt: Die Ausgaben der Krankenversicherung bleiben gleich, ihre Einnahmen aber sinken. Dies muss sie durch eine Beitragserhöhung auffangen. Diese wird wieder auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber aufgeteilt. Der Arbeitgeberanteil und damit die Personalkosten steigen weiter, so dass noch mehr Arbeitnehmer entlassen

werden. Dadurch sinken die Einnahmen der Versicherung noch weiter. Ein Teufelskreis. Der Ausweg ist eine Minimalreform: Die Arbeitnehmer zahlen fortan ihre Versicherungsbeiträge allein. Die heutigen Arbeitgeberbeiträge werden an die Arbeitnehmer ausgezahlt, so dass zum Zeitpunkt der Reform niemand schlechter gestellt wird.

Beitragserhöhungen werden dann freilich ganz bei den Arbeitnehmern anfallen. Die höhere Belastung wird aber dadurch relativiert, dass Beitragsanstiege nicht mehr zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen, was wiederum verhindert, dass dadurch Beitragserhöhungen ausgelöst werden.

Wird eine große Koalition den Mut haben, den Arbeitgeberanteil abzuschaffen? Wird sie sich trauen, den Menschen die tatsächlichen Zusammenhänge darzulegen? Dass nämlich auch heute schon die Arbeitnehmer de facto die ganze Last der Beiträge tragen? Oder siegt Populismus über Vernunft? Wir werden es bald wissen. Vorläufig können wir ja einmal hoffen.

*Lüder Gerken ist Vorstand der Stiftung Ordnungspolitik und der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung.*